

Politische Neutralität am Gymnasium

SOTOMO-Studie zur Politischen Neutralität im Mittelschulunterricht im Kanton Aargau



Andreas Meier, Dr. sc. nat. unterrichtet Biologie an der Kantonsschule Baden. Er ist seit September 2023 Präsident des AMV (Lehrpersonen Mittelschule Aargau)

Kontakt: andreas.meier@a-m-v.ch

Im Januar 2022 forderte der Aargauer Grossrat Adrian Schoop die Überprüfung der «Politischen Neutralität» an Aargauer Mittelschulen. Das Postulat basierte auf einer Maturitätsarbeit an der Kantonsschule Baden, welche zeigen wollte, dass «linke Mittelschullehrpersonen» Einfluss auf die politische Meinungsbildung der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ausüben. Die Aargauer Regierung nahm das Postulat im Juni 2022 entgegen und beauftragte das Befragungsinstitut SOTOMO mit einer Untersuchung. Darauf folgende ähnliche Vorstösse in anderen Kantonen wurden aufgrund mangelnder Relevanz allesamt zurückgewiesen.

(1) Die Studie im Auftrag des Departements BKS «Umfrage über die politische Neutralität an den Aargauer Mittelschulen» des Befragungsinstituts SOTOMO ist abrufbar unter:



www.ag.ch/bks/publikationen

Die Entgegennahme löste weit über die Kantongsgrenzen Erstaunen und Unverständnis aus, da diese als Misstrauensvotum gegenüber Schulleitungen, Lehrpersonen und der Mündigkeit der Schülerinnen und Schüler verstanden werden konnte. Denn gerade das Gymnasium ist eine gesellschaftlich bewährte Institution, in welcher freie Meinungsbildung gefördert, differenziertes Denken und kritische Diskurse zum Alltagsgeschäft gehören, um die Entwicklung einer politischen Haltung zu ermöglichen und die Maturandinnen und Maturanden zur vertieften Gesellschaftsreife zu führen.

Trotz Unverständnis forderte der AMV (Lehrpersonen Mittelschulen Aargau) die Lehrpersonen zu Gelassenheit und zur Teilnahme an der Studie auf, um die Vorwürfe zu entkräften. Die Resultate der Studie vom Mai 2023 (1) basieren auf Rückmeldungen von 2270 Schüler:innen (Rücklaufquote von 37.7%) und 493 Lehrpersonen (58.4% der Lehrerschaft) und bestätigen unsere Haltung:

- Eine grosse Mehrheit der Schüler:innen geht gerne zur Schule und empfindet die Atmosphäre an ihrer Schule als positiv und nicht diskriminierend. Diese Mehrheit von 84% fühlt sich wohl dabei, die eigene Meinung im Unterricht einzubringen.
- Die Lehrpersonen wie auch die Schüler:innen nehmen politische Debatten als lehrreich und grundsätzlich ausgeglichen wahr.
- 16% der Schülerinnen und Schüler fühlen sich gelegentlich benachteiligt. Dieses Empfinden ist am häufigsten auf die politische Einstellung, die Nationalität, die Religionszugehörigkeit oder die Sprache zurückzuführen.
- Benachteiligt in politischen Debatten fühlen sich vor allem sehr an Politik interessierte Jugendliche, welche sich eher im rechten Spektrum positionieren, über viel politisches Wissen verfügen und der Schule wenig Vertrauen entgegenbringen.

- Gemäss Studie liegen die Hauptursachen dafür vor allem am Gruppendruck, etwa durch negative Reaktionen aus dem Kreis der Mitschülerinnen und Mitschüler.
- Die politische Haltung der Lehrpersonen interessiert die Schülerschaft nur marginal. Den Jugendlichen ist vielmehr wichtig, dass sie fair und korrekt behandelt werden und ihnen die Schule Sicherheit und Wohlbefinden vermittelt, was gemäss der Studie in der Regel der Fall ist.

Die Aargauer Mittelschulen erhalten demzufolge gute Noten. Die Studie bestätigt den wichtigen Beitrag der Mittelschulen zur Förderung von (politischer) Meinungsvielfalt und vertiefter Gesellschaftsreife. Zentral ist die Aufgabe der Lehrpersonen, im Unterricht auch Minderheiten zur Sprache kommen zu lassen und Druck durch Mitschüler:innen abzufedern. Die Schwierigkeit, als Lehrpersonen solche meist unterschwelliger Spannungen im Klassenverband zu spüren, ist bekannt. Auch vor diesem Hintergrund ist Unterricht vor Ort zentral, wo Lehrpersonen Ausgrenzung viel besser wahrnehmen und unterbinden können als beim Unterricht im digitalen Raum. Deshalb ist es für uns Lehrpersonen selbstverständlich – wie auch vom Bericht empfohlen – uns weiterhin für eine Lernatmosphäre einzusetzen, welche allen Schüler:innen eine vertrauensvolle Basis für Meinungsäusserungen – nicht nur politischer Art – bietet.

Der AMV wünscht sich, dass den Aargauer Lehrpersonen und ihrer Professionalität in Zukunft wieder mehr Vertrauen entgegengebracht wird und ähnliche politische Vorstösse ausbleiben. Die entscheidenden Themen wie die Weiterentwicklung der gymnasialen Matur (WEGM), der Raum- oder Lehrpersonenmangel, die digitale Ablenkung oder KI-Tools sind Herausforderung genug!

Politische Neutralität an Schulen

Zentralvorstand des VSG

Eine Maturitätsarbeit aus dem Kanton Aargau hat letztes Jahr für viel Aufsehen gesorgt: Zwei Schüler haben darin die These vertreten, dass im Unterricht linke Positionen durch Lehrpersonen bevorzugt würden. Eine von der Aargauer Regierung in Auftrag gegebene breit angelegte Studie von SOTOMO kommt nun allerdings – nicht wirklich überraschend – zu einem anderen Bild (vgl. GH 4/2023, S. 22): Der Unterricht wird von den Lehrpersonen und den Schüler:innen als weitgehend politisch neutral empfunden. Hingegen fühlen sich politische (und andere) Minderheiten unter den Schüler:innen in bestimmten Situationen manchmal einem gewissen Druck durch andere Schüler:innen ausgesetzt.

Der Zentralvorstand (ZV) hat die Resultate der Studie mit Genugtuung zur Kenntnis genommen und dankt den Aargauer Lehrpersonen und Schüler:innen für ihre Beteiligung an der Umfrage. Er sieht sich in seiner Auffassung bestätigt und hofft, dass politische Vorstösse in anderen Kantonen nun zurückgezogen werden, da sie offensichtlich unbegründet sind. Es ist aber nichtsdestoweniger wichtig, Lehrpersonen und Schulleitungen weiterhin für die Thematik zu sensibilisieren und durch geeignete Weiterbildungen in ihrer Professionalität zu stärken: Der sogenannte Beutelsbacher Konsens (Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot, Schüler:innenorientierung) ist dabei grundlegend. Im neuen Rahmenlehrplan wird der politischen Bildung zurecht ein höherer Stellenwert eingeräumt, und alle Fächer sollen ihren Beitrag dazu leisten. Dadurch werden künftig noch mehr Lehrpersonen als heute mit der Thematik konfrontiert sein.

Darüber hinaus ist es eine zentrale Aufgabe für die Lehrpersonen, den Schüler:innen neben der Medienkompetenz und neben der kritischen Urteilsfähigkeit eine offene Diskussionskultur und Respekt gegenüber anderen Meinungen zu vermitteln. Eine Schulkultur, in welcher Schüler:innen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, in welcher auch beim Beizug von externen Expert:innen (z.B. zu den Themen Gentechnologie, Energiesicherheit, Altersvorsorge und Generationenverträge) oder bei Diskussionen mit Politiker:innen für Ausgewogenheit gesorgt wird, in welcher innerhalb der Schule nach einem Konsens im

Umgang mit politischen Herausforderungen (Klimastreik, Integration von Flüchtlingen, usw.) gesucht wird, kann die politische Neutralität vorbildhaft repräsentieren und verankern helfen. Im Übrigen schadet ein Verbot solcher Elemente, wie es jüngst von der Waadtländer Regierung mit Verweis auf die politische Neutralität der Schulen ausgesprochen wurde, eben dieser Neutralität mehr, als dass es ihr nützt.

Zugleich gilt es um jeden Preis zu vermeiden, dass es zu einer politischen Einflussnahme auf Unterrichtsinhalte kommt und bestimmte Themen (z.B. aus der Geschichte, in der Literatur, in der Biologie) entweder geächtet oder ganz verboten werden, wie man dies aktuell in gewissen Staaten der USA beobachten kann. Ebenso soll die politische Gesinnung von Lehrpersonen auf keinen Fall weder offen noch versteckt zu einem Anstellungskriterium werden. Schon heute sorgt die ausgewogene Zusammensetzung der Kollegien und die Professionalität der Lehrpersonen im Umgang mit politischen Themen automatisch für die notwendige Neutralität, wie dies die erwähnte Studie unmissverständlich klar gemacht hat.

Der ZV wird das Thema der politischen Neutralität weiterhin aufmerksam verfolgen und dafür sorgen, dass im Rahmen der Umsetzung des neuen MAR und des neuen RLP die notwendigen Massnahmen wie z.B. Weiterbildungen ergriffen werden, um diese auch künftig sicherzustellen.

Bildungstag 2023

Der diesjährige Bildungstag von LCH und SER stand unter dem Motto «Politische Bildung und Demokratiekompetenz». Dabei wurde auch das Thema der politischen Neutralität angesprochen.



www.bildungstag.ch

Keine Untersuchung im Kanton Solothurn

Die Solothurner Regierung hat im November 2022 eine Nicht-erheblichkeitserklärung zu einem Auftrag der SVP-Fraktion verfasst, welche eine Untersuchung der politischen Neutralität an Schulen forderte. Die Stellungnahme enthält viele gute Argumente und berücksichtigt alle wichtigen Aspekte.



https://so.ch/fileadmin/internet/pd/PD-Download-center/Geschaefte/2022/2022-127_A_SVP_Politische_Neutralitaet_Schulen/0127-2022_rr.pdf

Das Beste aus zwei Welten

Bist du eine abenteuerlustige Lehrperson und möchtest an einer Schweizerschule im Ausland arbeiten?

educationssuisse

Info-Event
29.11.2023
18.00h
via zoom

Anmelden: www.educationssuisse.ch